

(Beifall von der CDU)

Aus diesem Grunde sage ich Ihnen noch einmal: Wir haben im neuen Haushalt einen besonderen Schwerpunkt auf die Stärkung der finanziellen und personellen Ausstattung der Aus- und Fortbildungseinrichtungen gelegt. Auch damit werden wir die Anstrengungen zur Gewinnung qualifizierten Personals für die Justiz deutlich intensivieren.

Frau Bongers, Sie teilen mit, dass eine Gewerkschaft möglicherweise anderer Meinung wäre. Das liegt aber nicht daran, dass unsere Pläne falsch sind, sondern daran, dass die Gewerkschaft ihre Interessen vernachlässigt sieht. Aber auch sie wird sich dem Wettbewerb stellen müssen, und dann werden wir schon in den nächsten Monaten merken, wie sich alles verbessert. Viele Alternativen habe ich von Ihnen jedenfalls nicht gehört. Auch das ist der deutliche Beweis dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen jetzt zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Daher schließe ich die Aussprache und lasse über den Einzelplan 04 abstimmen.

(Michael Hübner [SPD]: Herr Vorsitzender, Sie haben gesagt, dass es in der Mittagspause keine Abstimmungen geben soll!)

– Entschuldigung! Es findet keine Abstimmung statt, weil es eine Pause gibt.

(Michael Hübner [SPD]: Wir helfen gerne als Opposition!)

– Super! Ich fühle mich gut vertreten. Die Abstimmung führen wir nach 14 Uhr durch.

(Michael Hübner [SPD]: Bei mir das immer gut aufgehoben!)

Ich darf dann aufrufen:

Einzelplan 07
Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

a) Kinder, Familie und Jugend

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 17/4407.

Wir sprechen zunächst über den Bereich Familie, Kinder und Jugendliche. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD dem Kollegen Dr. Maelzer das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren, auch auf der Besuchertribüne! Jeden Euro, den wir für unsere Kinder, unsere Jugendlichen bzw. für unsere Familien einsetzen, erhält die Gesellschaft mehrfach wieder zurück. Eine bessere Zukunftsinvestition kann es überhaupt nicht geben. Blickt man jedoch in diesen Haushalt, so ist von Zukunft nicht viel zu sehen. Was Sie uns vorlegen, ist ein klassischer Übergangshaushalt ohne Mut und ohne eigene Akzente.

Sie halten die Pausentaste gedrückt. Das erkennt man insbesondere bei der Reform der Kitafinanzierung, die ein weiteres Jahr aufgeschoben wird. Diesem Verschrauben bei der Zukunftsgestaltung unseres Landes könnte man mit sehr viel Wohlwollen noch etwas Positives abgewinnen, wenn man denn wüsste, dass danach etwas Großes, etwas Besseres kommt. Doch was das sein könnte, ist seit Regierungsantritt das bestgehütete Geheimnis des Familienministers.

Was sind Ihre Antworten auf die Herausforderungen des Fachkräftemangels? – Das gehen wir später an. Was sind Ihre Antworten auf die Problemlagen von Alleinerziehenden? – Das gehen wir später an. Was sind Ihre Antworten, um Familien finanziell zu entlasten? – Das gehen wir, wenn überhaupt, später an. – Ihre Standartausrede lautet: Unter der Vorgängerregierung wäre gar nichts passiert. Sie würden das jetzt ganz in Ruhe machen. So schnell gehe das alles nicht.

Ist das so? – Werfen wir einen Blick zurück. Unter Hannelore Kraft hatte die Regierung zu diesem Zeitpunkt bereits ein eigenes Programm für mehr Kitaplätze aufgelegt. Wir haben eine zusätzliche U3-Pauschale eingeführt und den Betreuungsschlüssel für die Kleinsten verbessert. Wir haben die Mittel für die Familienzentren erhöht und ein Programm für mehr Auszubildende in den Kitas geschaffen.

(Beifall von der SPD)

Das alles ist möglich in eineinhalb Jahren.

Da sind wir aber nicht stehengeblieben. Wir haben den Bildungsbegriff im KiBiz definiert und das unsägliche Delfin 4 abgeschafft. Wir haben plusKITAS eingeführt und die Sprachförderung verbessert. Wir haben Geld für Hauswirtschaftskräfte zur Verfügung gestellt und mit den Kommunen größere Steigerungen der Kindpauschalen verabredet. Und wir haben gezielt Familien entlastet: Das letzte Kitajahr ist beitragsfrei.

(Beifall von der SPD)

Am Ende unserer Regierungszeit war der Topf für die Kitas von 1,1 Milliarden Euro auf mehr als 2,5 Milliarden Euro angewachsen. Das bedeutet eine Steigerung der Landesgelder um mehr als 125 %. Die Leistungsbilanz der SPD-geführten Vorgängerregierung

kann man gut an diesem roten Zollstock verdeutlichen.

(Der Redner zeigt einen ausgeklappten roten Zollstock.)

Jeder Zentimeter steht für 1% Erhöhung für unsere Kitas. Man muss ihn ganz schön weit ausklappen, um auf 125 Zentimeter zu kommen.

(Beifall von der SPD)

Das ist das, was Sie „nichts“ nennen. Wie sieht demgegenüber die Leistungsbilanz von Schwarz-Gelb aus? Am Anfang der Legislaturperiode haben Sie mit großem Pomp ein Rettungspaket aufgelegt. Wenn ich das veranschaulichen will, brauche ich den Zollstock gar nicht weit aufzuklappen. Im Gegenteil – Sie haben die Landesmittel für die Kitas um gerade einmal 10 % angehoben. Dafür brauche ich nur dieses kurze Stück Zollstock.

(Zuruf von der CDU: Sehr beeindruckend!)

Diese 10 cm haben Sie uns bereits mit dem Nachtragshaushalt 2017 verkauft. Das haben Sie im Haushalt 2018 ein weiteres Mal getan – und jetzt im Haushalt 2019 ein drittes Mal. Man kann das Ganze noch so oft anpreisen: Die 10 cm werden einfach nicht mehr. Sie werden auch nicht dadurch länger, dass Sie mit großen Zahlen um sich werfen.

Durch die Verschiebung der Reform brauchen Sie jetzt ein weiteres Rettungspaket mit 450 Millionen Euro. Das klingt auf den ersten Blick wie ein kräftiger Schluck aus der Pulle, bedeutet aber in Wirklichkeit nicht einen Cent mehr für unsere Kitas im Vergleich zur heutigen Rechtslage.

Sie ersetzen ein auslaufendes rot-grünes Gesetz und ein auslaufendes schwarz-gelbes Gesetz. Sie sichern damit den Status quo: nicht weniger, aber eben auch nicht mehr.

(Beifall von der SPD)

Das lassen Sie sich auch noch kräftig mitbezahlen! Die Kommunen müssen noch mal 40 Millionen Euro drauflegen, und – ach, wie gut, dass es den Bund gibt – die Mittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz von Franziska Giffey planen Sie munter mit ein: eine dreistellige Millionensumme, die eigentlich Qualität verbessern sollte. Jetzt wollen Sie das Geld nehmen, um den Ist-Zustand zu erhalten und den Landesanteil zu verringern. Das sollten Sie im Sinne unserer Kinder dringend überdenken.

(Beifall von der SPD)

Schwarz-Gelb verwaltet den Status quo. Leider machen Sie dabei auch noch Fehler. Zumeist ist es die SPD, die darauf hinweisen muss.

(Lachen von Marcel Hafke [FDP])

Dann funktioniert es immer nach dem gleichen Muster: Erst wird lauthals bestritten, dass es überhaupt ein Problem gibt, dann wird die Schuld bei wem anders gesucht – am liebsten natürlich bei der Opposition –, und anschließend wird kleinlaut zurückgerudert, dann aber zumindest in die richtige Richtung, jedenfalls in den meisten Fällen.

Das fing schon bei dem Projekt „Kein Kind zurücklassen!“ an. Die Förderung sollte 2017 auslaufen, aber erst als der Druck größer wurde und die SPD-Fraktion Kleine Anfragen stellte, haben Sie umgedacht. Jetzt wird die Förderung auf das gesamte Land ausgeweitet – genauso, wie die SPD es wollte.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Dass Sie nun dem Kind einen anderen Namen geben und lieber von „kommunalen Präventionsketten“ sprechen, das gestehen wir Ihnen gerne zu.

Im Frühjahr brachte die SPD mit der Sockelfinanzierung Vorschläge für ein neues Kita-Gesetz ein. Wir waren und wir sind bis heute die einzige Fraktion, die ein neues Finanzierungskonzept zur Diskussion gestellt hat. Herr Minister Stamp, Sie haben sich an dieser Stelle echauffiert und die SPD beschimpft. Im Ausschuss aber ruderten Sie zurück und sagten: Teile des SPD-Konzeptes sollten auch Eingang in ein neues Kita-Gesetz finden. Dazu können wir Sie nur beglückwünschen. Je mehr Teile des SPD-Konzeptes umgesetzt werden, umso besser für unsere Kitas.

(Beifall von der SPD)

Ein weiteres Beispiel: Durch einen völlig vermurksten Erlass hat die Landesregierung beim Thema „Übernachten in Kitas“ große Verunsicherung geschürt. Das ging so weit, dass Schlawfstelle abgesagt werden mussten. Die SPD hat darauf aufmerksam gemacht. Erst haben Sie das Problem abgestritten, dann per Pressemitteilung Kriterien aufgestellt und letztlich sogar ein Gesetz geändert. Wenn es also zu positiven Veränderungen kommen soll, braucht es offensichtlich zunächst die SPD, um den Finger in die Wunde zu legen.

Das jüngste Beispiel in diesem Reigen zeigt es ganz deutlich: Die Fördertöpfe für den Kita-Ausbau stammen alle noch aus rot-grüner Zeit. Sie hatten es versäumt, sie wieder zu befüllen. Vielen Kommunen ging das Geld aus, und der notwendige Platzausbau drohte zu stoppen. Die SPD hat daraufhin mehr Mittel beantragt.

Oh, was durften wir uns daraufhin alles anhören! – Wir hätten das Problem nicht verstanden, zusätzliche Mittel brauche es nicht. Aber es dauerte nur wenige Wochen, bis uns der Minister eine Änderungsvorlage präsentierte: 94 Millionen Euro mehr für den Kita-Ausbau, zwar nicht aus Landesmitteln – zum Glück gibt es ja den Bund –, aber immerhin. Herr Minister, es war ein Fehler, dass Sie nicht von Anfang an Mittel

für den Platzausbau eingeplant haben. Ich bitte Sie darum, diesen Fehler in kommenden Haushalten nicht zu wiederholen.

Wenn dieser Haushalt wirklich Antworten auf Zukunftsfragen der Familienpolitik liefern möchte, dann werden Sie aber in noch viel mehr Bereichen zu einem Sinneswandel kommen müssen.

Wir müssen dem Fachkräftemangel jetzt begegnen. Die SPD hat mehr Anreize für Ausbildung vorgeschlagen: 5.000 Euro für Auszubildende im Anerkennungsjahr, 10.000 Euro für die Träger, wenn sie einen Auszubildenden in der PIA-Ausbildung einstellen. Das wäre eine Qualitätsverbesserung, und hier wäre das Geld aus dem Gute-KiTa-Gesetz des Bundes deutlich besser angelegt.

(Beifall von der SPD)

Ein Thema, das uns besonders am Herzen liegt: Unterstützen Sie endlich Alleinerziehende besser. Weiten Sie das Projekt „Sonne, Mond und Sterne“ aus. Durch ergänzende Kinderbetreuung hätten Alleinerziehende die Chance, wieder einer Arbeit oder Ausbildung nachgehen zu können. So könnten Alleinerziehende und ihre Kinder aus der Armutspirale entkommen. Das wäre eine ganz konkrete Zukunftsperspektive, der sich Schwarz-Gelb nicht länger verweigern sollte.

Noch ein weiterer Punkt: Bildung muss – ich sage es auch an dieser Stelle wieder – gebührenfrei sein. Bildung beginnt in der Kita. Schaffen Sie die Kitagebühren ab! Die Spielräume sind da.

(Beifall von der SPD)

Ich befürchte, dass Sie diese Einsicht und diesen Mut nicht haben werden; denn die Debatten der vergangenen Monate haben eines gezeigt: Ihr Selbstbewusstsein ist nahezu grenzenlos,....

(Marcel Hafke [FDP]: Zeigen Sie das noch einmal auf dem Zollstock an!)

...Ihre Leistungsbilanz hingegen passt zwischen zwei Finger. Es wäre für die Familien, die Kinder und die Erzieherinnen und Erzieher besser, wenn es umgekehrt wäre.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU erteile ich dem Abgeordneten Jens Kamieth das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Dr. Maelzer, ob es um 10 cm, 20 cm oder vielleicht auch um mehr geht, ist doch völlig egal. Entscheidend ist, was man daraus macht.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist überhaupt nicht egal!)

Da hat die SPD in der vergangenen Legislaturperiode komplett versagt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich will Ihnen das gerne noch mal vorhalten: Gerade im Bereich der frühkindlichen Bildung haben Sie komplett versagt. Sie haben gerade noch einmal wiederholt, was Sie da für ein Stückwerk geliefert haben: hier noch ein Paketchen drauf, da noch eine Ergänzungsfinanzierung.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Im Gegensatz zu Ihnen! Sie liefern jetzt mal gar nichts!)

Das wollen die Trägerinnen und Träger nicht. Das bekommen Sie in Ihren Gesprächen doch auch gespiegelt.

Damit möchte ich Ihnen gerne einige Eckdaten der NRW-Koalition zum diesjährigen Haushalt mitteilen, und zwar zu einem Haushalt, der von der Absicht geprägt ist, bestmögliche Entwicklungsmöglichkeiten für Familien, Kinder und Jugendliche in unserem Land zu eröffnen.

Es ist doch so: Wir haben 2017 bei der Übernahme der Regierung eine erbärmliche Situation bei der Kinderbetreuung vorgefunden. Deswegen war das Trägerrettungspaket – Sie haben es schon erwähnt – in Höhe von einer halben Milliarde Euro als Soforthilfe absolut notwendig, damit die Träger die Kinderbetreuung nicht in die kommunale Verantwortung zurückgeben mussten. Das war eine erste wichtige Sofortmaßnahme.

(Beifall von der CDU)

Direkt danach, für das Kindergartenjahr 2019/2020, brauchen wir eine nahtlose Übergangsregelung, um eine Brücke zum neuen KiBiz zu bauen. Der entsprechende Gesetzentwurf befindet sich, wie Sie wissen, in der Beratung. Mit einem Gesamtvolumen von gut 450 Millionen Euro für die Kitaträger werden wir Planungssicherheit schaffen. Die Dynamisierung der Kindpauschalen ist für ein weiteres Jahr mit 3 % vorgesehen.

Mit den geschilderten Sofortmaßnahmen geben wir uns aber noch lange nicht zufrieden. Perspektivisch müssen wir nämlich strukturelle Änderungen hin zu einer auskömmlichen, dauerhaft tragfähigen Kitafinanzierung vornehmen. Die Landesregierung arbeitet gemeinsam mit den Trägern und den kommunalen Spitzenverbänden an einer umfassenden Reform des Kinderbildungsgesetzes. Unsere Erfolgsformel dabei: Wir wollen eine verbesserte Auskömmlichkeit und damit ein Mehr an frühkindlicher Bildung, Qualität und Flexibilität.

Nachdem die Träger jetzt sehen, dass sich etwas tut,

(Josefine Paul [GRÜNE]: Was tut sich denn?)

dass ein Kitabetrieb wieder kostendeckend möglich ist, treiben wir natürlich auch den dringend benötigten Platzausbau konsequent voran. Das tun wir, indem wir im Jahr 2019 die Investitionen in Kindertageseinrichtungen und in die Tagespflege zusätzlich mit 94 Millionen Euro für den weiteren Platzausbau fördern. Zusätzlich erlaubt es ein Haushaltsvermerk, nicht abgerufene Gelder aus dem Bereich Kinder und Jugend für Investitionen in Anspruch zu nehmen.

Noch ein Hinweis, was die Stärkung unserer Familien angeht: Auch im Haushaltsjahr 2019 werden wir unser Erfolgsmodell der Familienzentren weiter vorantreiben und daher weitere 150 Kontingente zum Ausbau zur Verfügung stellen. Das ist eine sehr gute Nachricht für die Familien in unserem Land und ein echtes Erfolgsmodell der NRW-Koalition.

Die Bildungschancen für alle Kinder in unserem Land zu verbessern, heißt aber auch, Kinder und Familien mit Fluchthintergrund fest in den Blick zu nehmen. Das tun wir, und zwar indem wir sogenannte Brückenprojekte fördern und das pädagogische Personal in der Kinderbetreuung bei der Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen unterstützen.

Neben der frühkindlichen Bildung legt die Landesregierung einen besonderen Schwerpunkt auf Punkt 2, die Jugendpolitik. Unser zentrales Förderinstrument ist der Kinder- und Jugendförderplan. Wir stellen fest, dass Bildung an außerschulischen Lernorten zum Beispiel für das Erlernen sozialer Kompetenzen stetig an Bedeutung gewinnt.

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wurden die Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan um rund 11 Millionen Euro auf 120 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2018 erhöht. Um die Leistungsfähigkeit auch in Zukunft auf einem guten Niveau zu halten, werden wir die Mittel des Kinder- und Jugendförderplans erstmalig ab 2019 dynamisch anwachsen lassen.

Zwei Sätze auch zum Thema „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“. Wir werden im Jahr 2019 noch für Kosten aufkommen, die bereits in früheren Jahren von Jugendämtern geltend gemacht worden sind. Im Jahr 2019 scheint es aber zu gelingen, die Rückstände in der Kostenerstattung final abzubauen. Auch das ist eine gute Botschaft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden aber in diesem Bereich nicht nachlassen. Bei der Integration junger Geflüchteter leisten Jugendhilfe und Jugendarbeit wichtige Beiträge, was wir auch 2019 weiter unterstützen werden.

Punkt 3: Familien. Der Kern der Aufgabe von Familienpolitik ist es, Familien in ihren unterschiedlichen Facetten und Formen bei ihrer Lebensgestaltung von Anfang an zu unterstützen und zu stärken. Frühzei-

tige Hilfen wie Familienkurse, Begleitung und Beratung sind dabei zentral. Deshalb werden wir auch im Haushaltsjahr 2019 weiterhin diese Angebote fördern und kommunale Hilfesysteme vernetzen.

Ein besonderer Aspekt unserer Familienpolitik liegt dabei auf der finanziellen Absicherung der präventiven familienbezogenen Beratungsinfrastruktur. Was bedeutet das? Die Fraktionen von CDU und FDP haben an zwei Haushaltsänderungsanträgen zur Familie gearbeitet, sie eingebracht und fördern damit zwei zentrale Anlaufstellen, die Familien konkret unterstützen.

Erstens. 290.000 Euro mehr werden die Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen erhalten. Sie leisten eine unverzichtbare Hilfe für Familien in Krisensituationen. Der Beratungsbedarf ist enorm und übersteigt bei Weitem das Angebot. Da ist es eine sinnvolle Investition, die Menschen in echter Not hilft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweitens. 40.000 Euro erhält zudem der Verband der kinderreichen Familien. Dieser Verband soll für seinen vorbildlichen Einsatz mit der Förderung noch mehr Rückenwind bekommen. Unsere Förderung ist dabei auch eine Wertschätzung für Familien mit Kindern im Allgemeinen.

Die Kindertagespflege ist eine der tragenden Säulen der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen. Der Landesverband Kindertagespflege wird daher 120.000 Euro mehr erhalten, um die Arbeit des Verbandes strukturell zu stärken.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Nur für die eigentliche Tagespflege ist nichts mehr übrig!)

Zur Familienbildung. Die Familienbildung ist ein wichtiger Partner der Jugendhilfe, die die Eltern von Anfang an begleitet und unterstützt. Das MKFFI gewährt den zertifizierten Einrichtungen der Familienbildung einen Zuschlag in Höhe von 2 % auf die gesetzlichen Mittel zur Dynamisierung der institutionellen Förderung. Klingt technisch, bedeutet aber ganz konkret: Familienbildung kann nun sozial benachteiligten Familien einen Gebührenerlass gewähren. Das ist ein wichtiger Beitrag für Chancengerechtigkeit für alle und von Anfang an.

Meine Damen und Herren, die NRW-Koalition steht für die Wertschätzung der Vielfalt in unserem Land. Daher gehören Antidiskriminierungsmaßnahmen, die Antigewaltarbeit, aber auch die Bildungs- und Informationsarbeit selbstverständlich zum Kanon unserer Politik im LSBTI-Bereich in NRW.

Ein ganz besonders wichtiges Feld ist im Übrigen die psychosoziale Beratung für LSBTI und deren Angehörige. Hier schließen CDU und FDP auf der Basis eines eigenen Änderungsantrages zum Haushaltsplan endlich eine Gerechtigkeitslücke in der Förderung. Denn seit Jahren entspricht die Förderung der

Personalkosten nicht den tatsächlichen Kosten. Deswegen heben wir die Förderung angemessen an.

Wir sind im Mai 2017 mit dem Versprechen angetreten, Familien offensiv zu fördern. Sie sehen, dieses Versprechen lösen wir heute ein,

(Zuruf von der SPD: Nicht!)

indem wir Vielfalt in unserem Land durch eine wertschätzende Stärkung im LSBTI-Bereich Ausdruck verleihen, indem wir Familienbildung auch für sozial schwächere Familien erreichbar machen, indem wir die präventive, familienbezogene Beratungsinfrastruktur absichern und ausbauen, indem wir insbesondere auch geflüchtete Kinder und Jugendliche in den Blick nehmen, indem wir weitere Familienzentren fördern, indem wir Kitaplatzausbau konsequent vorantreiben und die notwendigen Mittel dafür zur Verfügung stellen,

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

indem wir die Kitalandschaft und die Kindertagesbetreuung in NRW finanziell absichern und das Kinderbildungsgesetz zukunftsfest aufstellen.

Das ist eine verantwortungsvolle Politik der NRW-Koalition und dieser Landesregierung für Familien, Kinder, Jugendliche in diesem Land. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Grünen spricht nun unsere Kollegin Frau Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Kamieth, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie der Versuchung widerstanden haben, sich zehn Minuten lang an Rot-Grün abzarbeiten,

(Zurufe von der CDU, Dr. Dennis Maelzer [SPD] und Marcel Hafke [FDP])

sondern an der einen oder anderen Stelle auch einmal Worte dafür gefunden haben, was Sie selber machen wollen.

Herr Hafke, Sie sprechen leider nach mir, und ich hätte meine ganze Rede im Grunde genommen zu Hause lassen können; denn Sie machen ja wahrscheinlich wenig anderes, als sich daran abzarbeiten.

(Zurufe von der CDU, der SPD und der FDP)

Das war es aber auch schon mit dem Lob. – Nichtsdestotrotz sind aber auch Sie, Herr Kollege, für den zentralen Bereich die zentralen Aussagen schuldig geblieben. Denn in Sachen Kita und bei der Frage,

wie das Kita-Gesetz neu aufgestellt werden soll, haben Sie sich immer ganz knapp an jeder konkreten Aussage vorbeigeschwiemelt.

Damit sind wir leider bei dem, was wir sonst auch immer diskutieren. Nach dem Motto „Täglich grüßt das Murmeltier“ wird sich an dem, was man vorgefunden hat und was man nicht vorgefunden hat, abgearbeitet.

Unterm Strich, Herr Hafke, regieren Sie jetzt. Das wollten Sie gerne, und die Bevölkerung hat Ihnen dieses Vertrauen geschenkt. Jetzt sind Sie aber auch an der Reihe, dieses Vertrauen zurückzuzahlen. Das ist Ihr zweiter Haushalt, und üblicherweise verbindet sich mit einem Haushalt auch ein eigenes Regierungsprogramm. Aber Sie bleiben im permanenten Wahlkampfmodus. Ich glaube, es wäre mal an der Zeit, dass Sie dieser vollmundigen Ankündigung – „weltbeste Bildung“ sah auf dem Plakat schön aus – auch Konzepte folgen lassen. Diese sind Sie für die nachhaltige Kitafinanzierung bislang schuldig geblieben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dafür hat Nordrhein-Westfalen und haben die Kinder in Nordrhein-Westfalen keine Zeit. Sie von CDU und FDP tragen die Verantwortung, auch wenn Sie sich immer darum herumschwiemeln. Sie müssen etwas liefern. Herr Minister, Sie sind in der Verantwortung, uns nicht immer nur zu erzählen: Vertrauen Sie mir, das wird schon alles schön werden. – Sie sind in der Verantwortung, jetzt konkrete Punkte auf den Tisch zu legen.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

– Moment, dazu kommen wir gleich. – Die gute Nachricht für Sie ist, dass das den regierungstragenden Fraktionen erst mal auszureichen scheint. Sie haben Vertrauen in den Minister und das Ministerium. Das ist angenehm für Sie, aber ich glaube, dass die kommunalen Spitzenverbände, die Träger, aber auch wir als Opposition das Recht darauf haben, auch mal konkret über fachliche Fragen diskutieren zu können, anstatt immer nur die Ankündigung zu hören: Vertrauen Sie mir, ich werde es schon irgendwie richten. – Ja, wann denn, Herr Minister? Wann wollen Sie es denn wirklich richten?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir warten und warten und warten, und wir hangeln uns bei diesem Warten von einem Rettungspaket zum nächsten. Ich sage Ihnen, Herr Minister: NRW braucht jetzt ein auskömmliches und verlässliches Kita-Gesetz. Was die Träger und die Kommunen nicht brauchen, ist ein Rettungspakete-Abo; das haben sie offensichtlich bislang.

Wir warten jetzt darauf, ob sich das mit dem Haushalt 2020 verändern wird, ob Sie also zu Beginn des Jahres 2019 endlich die vielen angekündigten Punkte